

Auch Rheinland-Pfalz braucht eine sozial gerechte ökologische Mobilitätswende

Berlin. Eine sozial gerechte und ökologische Mobilität muss Leitbild des politischen Handelns in Rheinland-Pfalz werden. In Unterstützung des heute vorgestellten „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ aus Umweltverbänden, Gewerkschaften, Sozialverbänden und der evangelischen Kirche plädiert der Landesverband Rheinland-Pfalz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) dafür, die interdisziplinären Leitsätze der Initiative für eine Mobilitätswende auch verstärkt in Rheinland-Pfalz umzusetzen: Klima- und Umweltschutz im Verkehr müssen Hand in Hand mit sozialen Aspekten und guter Arbeit gehen. Es ist möglich, das Klima zu schützen und die Lebensqualität von Millionen Bürgerinnen und Bürgern spürbar zu verbessern.

Sabine Yacoub, BUND-Landesvorsitzende dazu: „Eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende muss zum Leitbild des politischen Handelns in Rheinland-Pfalz werden. Die neue Landesregierung hat jetzt die Chance ein Mobilitätssystem zu schaffen, das den vielfältigen Bedürfnissen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gerecht wird. Auch den Beschäftigten in der Mobilitätswirtschaft müssen klare Perspektiven in der Zeit des Umbaus geboten werden.“

So ist auch der BUND-Landesverband Mitglied im rheinland-pfälzischen Bündnis für ein Sozialticket, das Empfänger*innen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts die Teilnahme am Verkehr kostenneutral ermöglichen soll. Dies beinhaltet aber nicht nur ein kostengünstiges Fahren, sondern auch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, da die genannten Personen selten über ein eigenes Fahrzeug verfügen. In seiner Broschüre „Neue Züge braucht das Land“ hat der BUND Rheinland-Pfalz eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs vorgelegt. Dies beginnt bei der Wiederinbetriebnahme von Bahnstrecken in allen Landesteilen und endet noch lange nicht beim Ausbau der Stationen mittels Fahrradständern, witterungsgeschützten Sitzmöglichkeiten, guter Beleuchtung und regelmäßiger Reinigung.

Das bundesweite Bündnis „Sozialverträgliche Mobilitätswende“ hat sich gegründet, um den gesamtgesellschaftlichen Dialog über die Ausrichtung der Verkehrspolitik konstruktiv zu begleiten und das Zusammenhalten der Gesellschaft zu fördern. Durch seine Arbeit strebt das Bündnis an, die fortwährenden Auseinandersetzungen über die Zukunft der Mobilität zu entschärfen. Die Vorschläge des Bündnisses sollen dazu dienen, eine gemeinsame Vorstellung der künftigen Mobilitätswelt zu entwickeln und daraus Handlungsschritte abzuleiten.

Antje von Broock, BUND-Geschäftsführerin: „Das Klima zu schützen und den sozialen Zusammenhalt unserer Demokratie zu erhalten, sind die großen Aufgaben unserer Zeit. Um unsere Klimaziele zu erreichen, werden einschneidende Veränderungen notwendig. Sie bergen die Chance für einen nachhaltigen Umbau unserer Gesellschaft. Dafür müssen wir die Umwelt, die Verkehrsteilnehmer*innen und auch die Beschäftigten im Mobilitätssektor gleichzeitig im Blick behalten. Die Arbeit in diesem Bündnis hat gezeigt, dass wir diese Erkenntnis teilen und gemeinsame Ziele haben. Gemeinsam können wir die Mobilitätswende, ein bedeutendes und zugleich herausforderndes Projekt, stemmen. Wir haben vorgelegt, die neue Bundesregierung muss ab Herbst folgen.“

Mehr Informationen

Die Broschüre des „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ finden Sie unter:

www.bund.net/mobilitaetswende-broschuere

Die Broschüre „Neue Züge braucht das Land“ finden Sie unter:

www.bund-rlp.de/service/publikationen/detail/publication/forderungskatalog-oepnv/

Mehr Informationen über Klimaschutz im Verkehr:

www.bund.net/themen/mobilitaet/klimaschutz-im-verkehr

Am bundesweiten „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ sind beteiligt: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), DGB, IG Metall, ver.di, SoVD, VdK, AWO, Nabu, VCD und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).